

Notiz: 8. September 1950

90
99

Kommunistische Einflüsse im Politischen Departement?

coll. + copy

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass dem Kommunismus in der Schweiz auch scheinbar verschlossene Gebiete wie das Radio geöffnet werden können, wenn die Wachsamkeit der vorgesetzten Instanzen nicht gross genug ist. Kein noch so entschieden eingenommener Standort kann vor dieser Gefahr bewahren, nur höchste Bereitschaft vermag ihr zu wehren. Dabei genügt es nicht, nur an eine Infiltration von aussen zu denken, auch in den eigenen Reihen können sich - sogar unbewusst - Herde geistiger Anfälligkeit bilden. Man wird zwar einwenden, dass dem Politischen Departement durch den Grundsatz der Neutralität die Bewegungsfreiheit so ziemlich genommen sei und jedenfalls politische Seitensprünge ganz unmöglich seien. In der Tat ist unsere Aussenpolitik weitgehend gebunden, aber gerade dieser Umstand ist geeignet, unbeachtete und kaum feststellbare Einflussmöglichkeiten zu schaffen. Unser Land besitzt in Bundesrat Petitpierre einen Aussenminister von hoher Grundsatztreue, der eine für das Schweizervolk unbedingt verlässliche Position darstellt. Man weiss aber, dass im Politischen Departement wie in keinem andern ausser dem Departementsvorsteher auch die Abteilungschefs und hohen Beamten eine Rolle spielen und oft von entscheidendem Einfluss sind. Diese Bedeutung des Cadres erklärt gewisse Eigentümlichkeiten, die der departementalen Politik schon seit jeher anhafteten, auch wenn sie für den Aussenstehenden vielleicht nicht wahrnehmbar waren.

In bürgerlichen Kreisen ist es nun ein schon oft gehörter Vorwurf, dass gewisse Funktionäre und Personenkreise, die sich um das Politische Departement gruppieren, nicht jene Widerstandskraft gegenüber dem Kommunismus besässen, wie man dies von einer schweizerischen und dazu noch mit dem Ausland verkehrenden Stelle erwarten müsste. Es kann sich begreiflicherweise nicht um eine verallgemeinernde Anklage handeln, in welchem Fall die



Oeffentlichkeit sicher schon lange reagiert hätte. Es sind einzelne Erscheinungen, die seit Kriegsende Anlass zu Kritik geben, die - das sei vorausgeschickt - keineswegs immer als "kommunistische Gefahr" zu erkennen sind und deren Abstellung sich wohl auch kaum durch einfache Massnahmen erreichen lässt. Es handelt sich vielmehr um ein schleichendes Uebel, von dem offenbar alle Aussenministerien befallen werden, die nun einmal unter dem Zwang der Umstände gehalten sind, mit dem Osten zu verkehren. Es ist leicht denkbar, dass es in diesem erzwungenen Verkehr sehr schwer fallen muss, die Grenze zwischen persönlicher und beruflicher Anteilnahme zu wahren. Niemand kann zwei Herren dienen, und so wird von unsern Vertretern im Osten und dem sie dirigierenden Apparat in Bern eine besondere Widerstandskraft erwartet. Die Gefahr ist um so grösser, als sich unsere Aussenpolitik - wie die Anerkennung Rotchinas gezeigt hat - seit der Aera Motta immer mehr von einer dogmatisch gebundenen Linie entfernt hat und zu einer formalen Respektierung der Fakten übergegangen ist. Diese Anerkennung des Tatsächlichen führt zwangsläufig zu einer Abwertung der Gesinnungselemente, mögen diese in der Innenpolitik noch so sehr betont werden. Diesen Gefahren sind offenbar nicht alle Funktionäre des Politischen Departementes in gleichem Masse gewachsen. Sie verwechseln berufliche und persönliche Pflichten, Tatsachen und Gesinnungen. Diese Einflüsse mögen die Haltung einzelner Funktionäre erklären, die im übrigen keineswegs einer landesverräterischen Einstellung bezichtigt werden können. Es offenbart sich bei ihnen eine Art der Anfälligkeiten für fremde Ideologien, mit der auch alle andern Kreise zu schaffen haben, die in jahrelangem innerem und äusserem Abwehrkampf gegen den Totalitarismus stehen. Ein gigantisches Beispiel dafür bietet heute die amerikanische Demokratie, die sich hüten muss, in ihrem Abwehrkampf zu Mitteln zu greifen, die sie selbst vernichten könnte.

Es ist nicht leicht, die einzelnen Funktionäre bei ihrer "prokommunistischen" Haltung zu behaften, falls nach Schuldigen gesucht werden soll. Sie können die peinlich genaue Befolgung

ihrer Pflichten vorschützen, die durch die Routine diktierte Erledigung der anfallenden Aufgaben. Zwar wird im Politischen Departement zugegeben, dass von aussen hie und da der Eindruck einer allzu grossen Nachgiebigkeit gegenüber Erscheinungen, die mit dem Kommunismus in Zusammenhang stehen, entstehen könne, aber dieser "Schein" wird mit der Eigengesetzlichkeit der departementalen Organisation erklärt. In der Tat ist man in diesem Departement, das auch sonst die verschiedensten Verhältnisse und Sitten kennt, nicht eng, aber nach der Lage der Dinge müsste doch auf eine weniger formale Behandlung gewisser Angelegenheiten geachtet werden. Vor allem in Personalangelegenheiten wäre erhöhte Vorsicht sehr am Platze. Jener dem Politischen Departement nicht unterstellte Legationsrat, der vor einiger Zeit in öffentlicher Rede erklärte, den Eisernen Vorhang nie gesehen zu haben, ist unlängst - unbegreiflicherweise - befördert worden. Immerhin spricht man von einer im Berner Apparat wichtigen, vor längerer Zeit vorgenommenen Versetzung, die auf Grund eines offenen Bekenntnisses zum Kommunismus angeordnet worden sein soll - aber der Mann steht noch im Bundesdienst. Schlimmer ist die Tatsache zu werten, dass die Aufsicht über die Personalangelegenheiten offenbar ganz ungenügend ist. Aber auch Einsprachen seitens anderer Behörden werden nicht beachtet. Wir erinnern, um nur ein Beispiel zu nennen, an den Fall eines inzwischen anderswohin versetzten Gesandtschaftsattachés in Moskau, der auf dem sehr ungewöhnlichen Wege der privaten Postbeförderung nach und nach eine vollständige, von der Partei zusammengestellte Bibliothek, wie sie an Agenten im Ausland abgegeben wird, in die Schweiz sandte, und zwar vermischt und getarnt mit andern Büchersendungen. Von der zuständigen Abteilung des Justiz- und Polizeidepartementes darauf aufmerksam gemacht, weigerte sich der Personalchef im Politischen Departement, irgendwelche Konsequenzen zu ziehen, ja auch nur irgendwelche Untersuchung anzuordnen oder den Verdächtigen bei seiner Heimkehr bei der erwähnten Abteilung vorbeizuschicken. Der Fall ist heute noch, obwohl inzwischen ein Jahr vergangen ist, unerledigt, und die letztgenannte Behörde

sieht keine Möglichkeit, ihren Willen gegenüber einem nichts-wissenwollenden Departement durchzusetzen. Der Fall wurde vom zuständigen Beamten mit der bedauernden Geste des Händereibens abgetan, womit auch ähnliche Angelegenheiten erledigt werden sollen.

Aber nicht nur in der Personal-, auch in der Sachpolitik äussert sich solche anpasserische Gesinnung. Wir zitieren zum Beweise die häufigen Gegensätze zwischen Justiz- und Polizeidepartement und Politischem Departement hinsichtlich der Aktivität und Gefährlichkeit ausländischer Spitzel und Agenten. Das zuletzt genannte Departement erscheint in diesen Dingen von einer oft fast unbegreiflichen Sorglosigkeit, und es mögen diese Fälle nicht wenig zu dem in eingeweihten Kreisen bekannten Ruf beigetragen haben, wonach das Politische Departement von Salonkommunisten und kommunistischen Sympathisanten durchsetzt sei. Jedenfalls haben gewisse Personengruppen unseres Aussenministeriums noch nicht begriffen, dass der Kommunismus keineswegs von jener Harmlosigkeit ist, mit der sich seine, in der alten diplomatischen Tradition erzogenen Vertreter geben. Bei diesen Gruppen besteht die merkwürdige Auffassung, dass der potentiellen Gefahr, die im Osten lauert, durch doppelte und dreifache Höflichkeit begegnet werden müsse, obwohl damit zweifellos weniger als nichts erreicht werden kann. Sie legen sich in die Pose des Hirtenknaben, der auf eine übermächtige Erscheinung mit gespielter Naivität reagiert. Sie haben nicht begriffen, dass die Schweiz zwar das "Gesicht" zu wahren hat, aber diese Aufgabe mit sehr viel Zurückhaltung zu verbinden ist, die der inneren Verneinung des Regimes entspricht. Es ist eine Tragik des neutralen Staates, dass er auch mit Ländern in Beziehungen bleiben muss, die den Anspruch, ein achtbares Glied der europäischen Völkerfamilie zu sein, verwirkt haben. Es ist sicherlich auch für unsere Vertreter im Ausland eine Belastung, wenn sie mit Regierungen verkehren müssen, von denen sie wissen, dass sie schlimmer sind als jene Hitlers und Mussolinis. Es bedeutet zweifellos eine Zumutung an sie und eine

Desavouierung ihrer schwierigen Stellung, wenn die Befehlsstelle in der Heimat in einem solchen Masse dem Kommunismus glaubt entgegenkommen zu müssen. Auch für die schweizerische Oeffentlichkeit stellt eine solche Haltung eine Belastung dar. Es muss heute überhaupt und grundsätzlich die Frage aufgeworfen werden, wo die Grenze unserer Aussenpolitik im Verhältnis zum Kommunismus liegt. Der Grundsatz der Neutralität darf nicht dazu führen, dass die Aussenpolitik zu einer blossen - wenn auch virtuoson - Beherrschung von Nüancen in Reaktion und Stellungnahme, zu einer Aufgabe der Routine herabsinkt. Die einzelnen Entscheidungen müssen auch heute noch und immer wieder aus dem Gesamtzusammenhang des eidgenössischen Wesens heraus gefasst werden. Die Anerkennung Rotchinas war, wie auch im Politischen Departement zugegeben wird, eine reine Routine-massnahme, aber eben deshalb sehr fragwürdig. Man muss sich fragen, ob eine solche schwerwiegende Entscheidung nicht wenigstens von einem Nutzen begleitet sein sollte. Wenn aber damit gewisse Personen eine Rückversicherung beim internationalen Kommunismus suchten, so hat man sich sicher getäuscht, denn wie Stalin schon 1943 die Verletzung der schweizerischen Neutralität vorschlug, so würde er letztere auch heute bei einer neuen kriegerischen Verwicklung nicht respektieren. Wenn je, so darf heute unsere Aussenpolitik keineswegs nur im Spiellassen diplomatischer Gepflogenheiten bestehen. Die kommenden Monate sollten Klarheit darüber schaffen, in welcher Weise auch die schweizerische Aussenpolitik vom Kommunismus Notiz zu nehmen gewillt ist.